

«Kein Riesenunglück»

HOCHSCHULQUARTIER Eine Informationsveranstaltung zur Neugestaltung des Hochschulquartiers stiess am Montagabend auf reges Interesse. Ein Kritiker und fünf Befürworter diskutierten die Befürchtungen der Quartierbewohner.

Am Standortentscheid von 2011 werde nicht gerüttelt. Dieser Diskussion wollte sich Baudirektor Markus Kägi (SVP) am Montagabend in einer Informationsveranstaltung mit Podium nicht stellen. Dennoch verstanden manche der gut 500 Besucher – einige fanden im Vortragssaal des Kunsthauses keinen Sitzplatz mehr – nicht, weshalb ETH, Universität Zürich und Universitätsspital mitten in der Stadt und nicht ausserhalb ausbauen wollen. 40 Prozent mehr Platz sollen die drei Institutionen im Hochschulquartier erhalten (siehe Kasten).

«Als man ETH und Uni baute, plante man auch nicht auf dem Münsterhof», gab jemand aus dem Publikum zu bedenken. Es käme günstiger, im Zentrum auszubauen, wo die Institutionen etabliert seien, sagte Kägi. «ETH und Uni waren damals auch Quantensprünge. Jetzt ist es wieder Zeit für einen grossen Wurf.»

Vielen im Publikum schien der Masterplan überladen, er lasse kein städtebauliches Konzept erkennen und die Meinung der Anwohner werde zu wenig gehört.

«Der grösste Treiber ist der Ehrgeiz», «Klotzen statt kleckern» und «Der Mensch ging bei der Planung vergessen» waren einige der vorwiegend kritischen Voten aus dem Publikum. Moderatorin Esther Girsberger nahm viele Kritikpunkte vorweg und führte mit den sechs Podiumsteilnehmern Einzelinterviews, bevor sie Publikumsfragen zuließ.

Keine Volksabstimmung

Er verstehe die Bedenken der Bevölkerung, sagte Markus Kägi, auch wenn die Visualisierungen nur den Rahmen abstecken und keine konkreten Architekturprojekte zeigten. «Wir nehmen die Befürchtungen ernst und stehen im engen Austausch mit den Quartiervereinen.» Dennoch handle es sich nicht um ein Mitwirkungsverfahren, sondern um ein kantonales Bauprojekt. Von Applaus begleitet, fragte Esther Girsberger, warum man bei einem Investitionsvolumen von drei bis sechs Milliarden Franken nicht das Volk entscheiden lasse. Das sehe die kantonale Rechtsordnung nicht vor, sagte Kägi.

Im Gegensatz zu einigen Anwohnern sei der Stadtrat nicht der Meinung, dass ein Riesenunglück über die Stadt hereinbrechen würde, sagte Hochbauvorsteher André Odermatt (SP). Vielmehr trage die Stadt den Masterplan mit dem Kanton in partnerschaftlicher Verantwortung. Er räumte aber ein, dass Herausforderungen anstehen, etwas die Erschliessung für den Verkehr, die denkmalgeschützten Gebäude, die abgerissen werden sollen, oder die Verträglichkeit für die Silhouette.

Finanzieren werden die Neubauten die drei Institutionen. Martin Waser, Präsident des Spitalrats, betonte, dass das Unispital kein Geld zum Fenster hinauswerfe. Auch die ETH werde nicht auf Vorrat bauen, sondern nach Bedarf, sagte der Verkehrsplaner und designierte ETH-Vizepräsident Ulrich Weidmann. Den Verkehrsproblemen könne mit Justierungen an den ÖV-Verbindungen sowie an den Startzeiten der Vorlesungen begegnet werden.

Die gleiche Kaffeemaschine

Unirektor Michael Hengartner bekräftigte die Notwendigkeit der räumlichen Nähe zwischen den drei Institutionen: «Die Mitarbeiter müssen die gleiche Kaffeemaschine benutzen, damit der Aus-

tausch klappt.» Bei einer Frage nach Wohnraum, der verschwinden soll, garantierte er, dass für die Universitätsgebäude niemand umziehen müsse, und verwies an die ETH. Weidmann wollte keine Prognose abgeben für Projektteile, deren Zeithorizont noch nicht abgesteckt sei. Zurzeit schütze die Bau- und Zonenordnung mit hohem Wohnanteil die Anwohner, sagte Odermatt. Zudem arbeite man an Verträgen über Liegenschaften, die von den Hochschulen genutzt und für Wohnraum freigegeben werden sollen.

HOCHSCHULGEBIET ZÜRICH ZENTRUM

«Berthold» heisst die Vision von Kanton, Stadt, ETH, Universität und Unispital für den Ausbau und die Verdichtung des Hochschulquartiers. Laut Masterplan, der vor einem Jahr vorgestellt wurde, soll die Nutzungsfäche von Spital und Hochschulen um maximal 40 Prozent erhöht werden. Dafür sollen neue Gebäude (auch Hochhäuser), Plätze und Pärke entstehen und mehrere Häuser (auch denkmalgeschützte) weichen. Der Ausbau ist in Etappen und über Jahrzehnte geplant. Erste Bauten sollen bereits 2020

Markus Knauss, Gemeinderat (Grüne) und Co-Geschäftsführer des VCS Zürich, sass als einziger Kritiker auf dem Podium. Er hinterfragte die 350 000 Quadratmeter, die für den Ausbau beansprucht werden: «Die riesigen Dimensionen drücken auf den Planungsprozess.» Die Verantwortlichen müssten willens sein, Korrekturen anzubringen. Er sei nicht grundsätzlich gegen den Masterplan, sagte Knauss: «Aber es braucht noch konkrete Taten, statt nur schöner Worte, bis das Projekt abhebt.» *Katrin Oller*

stehen, der Zeithorizont reicht bis 2040.

Zurzeit wird der Richtplan für das Gebiet in den Kommissionen des Kantonsrats beraten. Darauf erstellt die Baudirektion einen Gestaltungsplan. Dann folgt die Ausschreibung des Architekturwettbewerbs. Eine Volksabstimmung ist nicht vorgesehen. Richt- und Gestaltungsplan unterstehen aber einem möglichen Referendum, und spätestens, wenn erste Projekte ausgeschrieben werden, können Rekurse eingereicht werden. *kme*

Drogenkurriere erwischt

KRIMINALITÄT Sechs Drogenkurriere hat die Kantonspolizei Zürich von Freitag bis Montag am Flughafen Zürich erwischt. Sie hatten insgesamt elf Kilo Kokain bei sich. Die Schmuggler kamen aus São Paulo.

Wie die Kantonspolizei gestern mitteilte, reisten am Freitag zwei Neuseeländer vom brasilianischen São Paulo nach Zürich und wollten dort auf eine Maschine nach Brüssel umsteigen. Fahndern der Kantonspolizei Zürich fielen die Männer im Transitbereich als mögliche Drogenschmuggler auf.

Die eingehende Kontrolle der Touristen und ihrer Koffer sowie Effekten führte Kokain zutage, welches in Kleidungsstücken und Gegenständen eingebaut war; das Gesamtgewicht der Drogen wird auf rund viereinhalb Kilogramm geschätzt.

Nach der Ankunft aus São Paulo wurden am Wochenende zwei Brasilianerinnen vor der Weiterreise nach Brüssel beziehungsweise Barcelona von Fahndern kontrolliert. Bei ihnen entdeckten die Fahnder rund fünfzehn Kilo Kokain, teils im Kofferboden eingebaut.

Fingerlinge mit Kokain

Gestern schliesslich ertappte die Polizei erneut zwei Frauen. Auch sie kamen aus São Paulo und waren via Zürich nach Brüssel unterwegs. Die Brasilianerinnen führten im Magen-Darm-Trakt Fingerlinge mit insgesamt rund einem Kilo Kokain mit. *sda*

Zustupf auch vom Kanton

ZÜRICH Das Zürcher Theater Rigiblick wird für seinen geplanten Anbau nicht nur von der Stadt, sondern auch vom Kanton Zürich unterstützt. Das Theater erhält 400 000 Franken aus dem Lotteriefonds. Das Theater Rigiblick plant einen dreigeschossigen Anbau für Nebenräume sowie ein spezielles Programm zum 30-jährigen Bestehen des Theaters. Auf 400 000 Franken belaufe sich der Beitrag des Kantons, teilte der Regierungsrat nun mit. Der Anbau kostet 1,1 Millionen Franken, die der Stadtrat bereits bewilligt hat. Neben dem Geld aus dem Lotteriefonds kommen 200 000 Franken von privaten Stiftungen. Am letzten Mittwochabend hat der Zürcher Gemeinderat zudem dem Erlass der höheren Miete zugestimmt. *sda*



Mehr Platz für Forschung und Lehre: Die hellen Blöcke zeigen das Volumen des geplanten Ausbaus von ETH, Universität und Unispital im Hochschulquartier.

Visualisierung pd

Mehr Geld für die VBZ

ZÜRICH Die VBZ haben ihre 1200 Plakatstellen bei Bus- und Tramhaltestellen sowie bei den Depots und Garagen im vergangenen Sommer neu ausgeschrieben. Ab 2017 verdoppeln sich die Einnahmen damit von 5,5 auf 11 Millionen Franken.

Neu werden die 1200 Werbeflächen zum grössten Teil von der Firma Clear Channel vermarktet. Sie hat für die meisten Lose das höchste Gebot abgegeben und damit den Zuschlag erhalten. Die Allgemeine Plakatgesellschaft (APG), welche bislang die meisten Werbeflächen bewirtschaftet hat, übernimmt dagegen nur noch einen kleinen Teil des Angebots. *sda*

Gegen Mario Fehr wird nicht ermittelt

KANTONS RAT Die Geschäftsleitung des Kantonsrates lehnt die Aufhebung der Immunität von Sicherheitsdirektor Mario Fehr ab. Die Juso hatten ihn wegen der Beschaffung von Überwachungssoftware angezeigt.

Gegen den Zürcher SP-Regierungsrat Mario Fehr wird kein Strafverfahren wegen des Kaufs der Überwachungssoftware Galileo eröffnet. Wie die Geschäftsleitung des Kantonsrates gestern mitteilte, hat sie entschieden, Fehrs Immunität nicht aufzuheben. Der Entscheid kam nicht überraschend. Die Staatsanwaltschaft selbst sprach sich bei der Überweisung der Strafanzeige an

den Kantonsrat im September gegen die Aufhebung der Immunität aus.

Vorwurf Amtsmisbrauch

Zwei Mitglieder der Jungsozialisten (Juso) haben Fehr im Juli angezeigt, nachdem bekannt wurde, dass dieser die Beschaffung der Überwachungssoftware für rund eine halbe Million Franken bewilligt hatte.

Sie warfen dem Sicherheitsdirektor unrechtmässige Datenbeschaffung und Amtsmisbrauch vor. Die Geschäftsleitung kam, wie auch die Justizkommission des Kantonsrates, zum Schluss, dass keine konkreten Anhaltspunkte für ein strafrechtlich relevantes Verhalten von Mario Fehr

vorliegen. Zwei Geschäftsleitungsmitglieder von AL und Grünen erachteten die im Entscheid erwähnten Akten als unvollständig. «Sie vermessen in der Begründung den Hinweis auf die von der Rechtslehre im Wesentlichen als ungenügend erkannte gesetzliche Grundlage für den Einsatz der Software», heisst es in der Mitteilung der Geschäftsleitung.

Eine Beratung des Entscheids im Kantonsratsplenum wird es nicht geben. Den beiden Juso-Mitgliedern, die Fehr angezeigt haben, bleibt somit nur noch die Möglichkeit einer subsidiären Verfassungsbeschwerde an das Bundesgericht.

Wie die Juso gestern mitteilten, wollen sie über allfällige weitere

Schritte zunächst beraten. Vom Tisch sei die Strafanzeige aber nicht – denn auch die Staatsanwaltschaft und das Zwangsmanagementsgericht seien in die «illegale Beschaffung der Trojaner-Software» verwickelt und würden keine Immunität geniessen.

«Juristische Zwängerei»

Fehr hat den Entscheid der Geschäftsleitung mit Befriedigung zur Kenntnis genommen, wie er in einer Stellungnahme schreibt. «Zu hoffen ist, dass die juristische Zwängerei damit ein Ende hat und die Juso und andere für die Zukunft davon absehen, das Strafrecht für politische Zwecke zu missbrauchen», so Fehr weiter. Die Eindeutigkeit der Beurtei-

lung spiegle sich auch darin, dass die Geschäftsleitung des Kantonsrates den anzeigenden Juso-Mitgliedern die Kosten für den Entscheid auferlegt. Wichtig sei jetzt die politische Diskussion über den Einsatz von Instrumenten für die Überwachung verschlüsselter Kommunikation im Rahmen von Strafverfahren.

Am vergangenen Wochenende ist bekannt geworden, dass Fehr wegen der Strafanzeige der Jungpartei seine Mitgliedschaft bei der SP sistiert hat und seit August nur noch an einer Sitzung der Kantonsratsfraktion der Partei teilgenommen hatte. Die Zusammenarbeit mit der SP will er erst fortführen, wenn die Anzeige vom Tisch ist. *Philipp Lenherr*